



Vorlesung Wirtschaftsstrafrecht

PD Dr. Marc Jean-Richard-dit-Bressel
Privatdozent für Strafrecht und Strafprozessrecht

07.06.2018 Wirtschaftsstrafrecht

1



Lektion 13 Wirtschaftsstrafrecht:

Insolvenzstrafrecht

StGB 158, 163-171bis, 323-324
Nutshell 159-163; Pieth 150-161

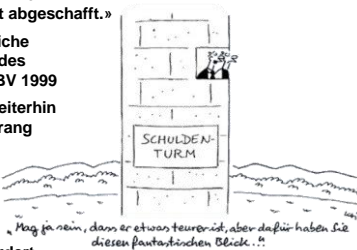
07.06.2018 Wirtschaftsstrafrecht

2



Schuldverhaft

- **aBV 59 III (1874):** «Der Schuldverhaft ist abgeschafft.»
- Keine ausdrückliche Festschreibung des Grundsatzes in BV 1999
- Grundsatz gilt weiterhin mit Verfassungsrang (**BGE 130 I 169**)
- => **Blosse Überschuldung ist an sich nie strafbar.**
Strafbarkeit erfordert **"Überschuldung plus erschwerendes Element".**



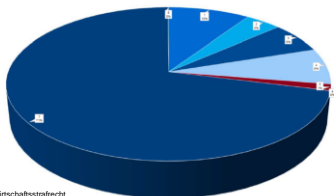
07.06.2018 Wirtschaftsstrafrecht

3

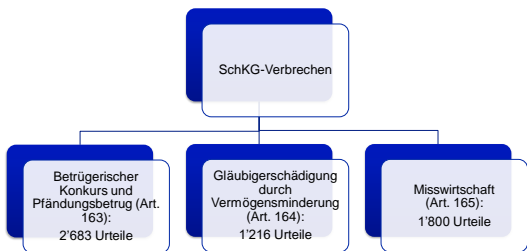
Verbrechen	1984-2014
Betrügerischer Konkurs und Pfändungsbetrag (Art. 163)	2'683
Gläubigerschädigung durch Vermögensminderung (Art. 164)	1'216
Misswirtschaft (Art. 165)	1'800
Unterkategorie 1	2'068
Unterkategorie 2	373
Unterkategorie 3	8
Unterkategorie 4	20'325
Unterkategorie 5	33
Gesamt	28'103



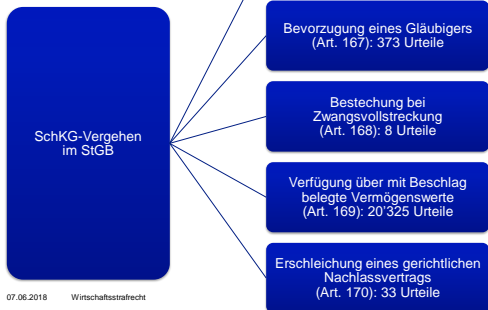
- Legende
1984-2014
1: SKGB 193
2: SKGB 164
3: SKGB 105
4: SKGB 166
5: SKGB 167
6: SKGB 168
7: SKGB 169
8: SKGB 170



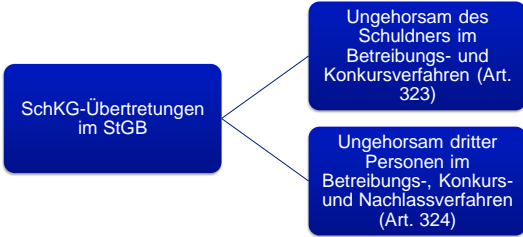
Rechtskräftige Verurteilung 1984-2014



Verurteilungen 1984-2014



Für Übertretungen keine Statistik (kein Strafregistereintrag)



Objektive Strafbarkeitsbedingung bei StGB 163-167

- Arten (alternativ)
 - **Konkureröffnung**
 - in der Betreibung auf Konkurs (SchKG 171)
 - in der Wechselbetreibung (SchKG 189)
 - ohne vorgängige Betreibung (SchKG 190-193)
 - im Nachlassverfahren (SchKG 296b)
 - Ausstellung eines **Pfändungsverlustscheins**
 - Pfändungsurkunde als provisorischer Verlustschein (SchKG 115 II)
 - Pfändungsurkunde als (definitiver) Verlustschein (SchKG 115 I)
 - Verlustschein nach durchgeführter Pfändung (SchKG 149)
 - Annahme und Bestätigung eines gerichtlichen **Nachlassvertrags** (StGB 171 i.V.m. SchKG 305)
- NICHT als Konkureröffnung gelten
 - Zwangsliquidation wegen Organisationsmangels nach den Regeln über das Konkursverfahren gemäss OR 731b I.3
 - Zwangsliquidation wegen Organisationsmängeln gem. HRegV 153b I.a

Objektive Strafbarkeitsbedingung (Forts.)

- **Widerruf des Konkurses (SchKG 195)**: beseitigt objektive Strafbarkeitsbedingung nicht, wohl aber die Strafverfolgungspflicht (StGB 171^{bis})
- **Einstellung des Konkurses mangels Aktiven (SchKG 230)**: beseitigt selbstverständlich die objektive Strafbarkeitsbedingung nicht
- **Sonderfall Misswirtschaft (StGB 165)**: gestützt auf Pfändungsverlustschein (ohne Konkureröffnung) ist Misswirtschaft nur auf Antrag des Pfändungsgläubigers strafbar, Antragsfrist 3 Monate ab Zustellung des Verlustscheins (StGB 165.2 II)
- **WICHTIG**: in Bezug auf **objektive Strafbarkeitsbedingung**
 - kein Wissen und kein Willen des Täters erforderlich
 - keine Kausalbeziehung zur Straftat erforderlich
 - kann vor oder nach dem strafbaren Verhalten eintreten

Strafrecht als Waffe gegen "Konkursreiterei"

Versagen des Zivil- und SchKG-Rechts, da Prozessrisiko für Konkursämter und Gläubiger unverhältnismässig. => Strafrecht als „ultima ratio“

Entwicklung eines schlagkräftigen Kurzverfahrens gestützt auf StGB 165 (Misswirtschaft) zur Bekämpfung des Missbrauchs des Gesellschafts- und Konkursrechts zur allzu billigen «Schuldenbefreiung»

WWG als Routinegeschäft wie FinZ – dort der Blutttest, hier der Betriebsregisterauszug

Strohmann-Verwaltungsräte im Visier, denn:

Der beste Schutz der grossen Fische sind die kleinen Fische.

Konkursverschleppungs-Misswirtschaft (1)

- **Schuldnerkriterium** (Tätoreigenschaft): Bei Eintritt von Zahlungsproblemen
- VR-Mitglied einer AG,
- Geschäftsführer einer GmbH,
- Verwalter einer Genossenschaft
- Revisor (BGE 127 IV 110)
- Strohleute haften (BGE 6B_54/2008).
- **Insolvenzkriterium und objektive Strafbarkeitsbedingung:**
- Einstellung des Konkurses über die AG / GmbH / Genossenschaft mangels Aktiven (SchKG 230 I) oder
- Strafantrag plus fruchtlose Pfändung einer AG / GmbH / Genossenschaft (SchKG 115)
- Nicht erfüllt durch **OR 731b I.3**: Liquidation w. Organisationsmangels

Konkursverschleppungs-Misswirtschaft (2)

- **Pflichtverletzungskriterium:** Verletzung der Pflichten gemäss OR 725 II (BGE 6B_492/2009; 6S.1/2006 E.8; BGE 127 IV 110), namentlich durch
 - Ausbleiben
 - der Erstellung einer Zwischenbilanz UND
 - der Beauftragung eines zugelassenen Revisors (OR 725 II) innerhalb von zwei Monaten nach dem Auftreten von **Zahlungsproblemen** (=> begründete **Besorgnis** des Überschuldung), manifestiert z.B. durch eine offen bleibende Mahnung oder Betreibung betreffend normale Geschäftsverbindlichkeiten
 - ODER
 - Ausbleiben der unverzüglichen Benachrichtigung des Richters bei Vorliegen einer die Überschuldung ausweisenden Zwischenbilanz.



StGB 166: Unterlassen der Buchführung

- **Voraussetzung:** Gesetzliche Pflicht zur Führung und Aufbewahrung von Geschäftsbüchern gemäss OR 957, bei GmbH und AG gegeben.
- **Tathandlung:** jede Verletzung einer Pflicht gemäss OR 957 ff., soweit diese Pflicht geeignet ist, den Erfolg (i. t. S.) herbeizuführen, z.B.
 - gänzliche Unterlassung der Buchführung
 - blosse Sammlung von Belegen ohne Führung von Kontoblättern
 - blosse Führung von Kontoblättern ohne Sammlung von Belegen
 - Lückenhaftigkeit von Belegen und/oder Buchungen
 - inhaltlich falsche Buchungen
 - unzulässige Verrechnung von Aktiven und Passiven in der Buchhaltung
 - etc.
- **Erfolg:** mangelhafte Ersichtlichkeit des Vermögensstandes
 - nicht nur richtige Gesamtbeträge ...
 - sondern auch richtige Qualität der Positionen, da auch die Bonität der Schuldner etc. zur „Ersichtlichkeit des Vermögensstandes“ beiträgt.



StGB 167: Bevorzugung eines Gläubigers

- als **Auffangtatbestand** zu StGB 164 gedacht
- zu Recht **selten angewendet**, da sehr unklare Strafnorm
- wenn im SchKG die **Kollokationsordnung** (SchKG 219) eine Wirkung des Konkurses (d.h. der Konkurseröffnung) ist, erscheint es widersprüchlich, im Strafrecht von einer Vorwirkung der Kollokationsordnung auszugehen.
- Echte Schulden zu zahlen ist rechtmässig, auch wenn es nicht für alle Gläubiger reicht.
- Zur Strafbarkeit gemäss StGB 167 ist ein **augenfällig missbräuchliches Manöver** zu verlangen
- **Subjektiv** sind direkte Bevorzugungs- oder Bereicherungsabsicht und ein sicheres Bewusstsein der Zahlungsunfähigkeit zu verlangen, Eventualvorsatz genügt nicht.



StGB 169: Verfügung über mit Beschlag belegte Gegenstände

- Wird traditionell als „**Verstrickungsbruch**“ bezeichnet.
- Sehr oft angewandte Strafnorm.
- **Tatobjekt:** Vermögenswert, der gemäss SchKG amtlich gesichert ist, wobei eine rein rechtliche Sicherung ohne tatsächliche Komponente genügt („Aufzeichnung“).
- Nur tatsächlich vorhandene Vermögenswerte, d.h. keine Pflicht des Schuldners, Einkommen zu erzielen.
- **Tathandlung:** Verfügen, d.h. rechtliche und tatsächliche Verfügungen, die den Zweck der Sicherungsmassnahme in Frage stellen.
- **Erfolg:** „Schaden der Gläubiger“, gleich wie in StGB 163 f., d.h. konkrete Gefährdung genügt.
- **Beispiel:** Der Schuldner liefert seine gepfändeten Lohn- oder Einkommensquoten nicht dem Betreibungsamt ab.
- **Abgrenzung:** Der Arbeitgeber des Schuldners, dem das Betreibungsamt die Lohnpfändung mitgeteilt hat, erfüllt durch die Nichtablieferung nicht den objektiven Tatbestand von StGB 169 (BGE 86 IV 170; BGE 6B_483/2008)
